

Inflationsausgleich: Größter Sozialverband Niedersachsens fordert von Politik sozial gerechtes Handeln

## Rentner\*innen dürfen nicht vergessen werden

**Das Bundeskabinett hat in diesem Jahr die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für Beamt\*innen beschlossen. Dies hat zur Folge, dass auch Pensionär\*innen des Bundes eine Inflationsausgleichsprämie erhalten werden. Der SoVD in Niedersachsen kritisiert das Vorhaben als sozial ungerecht: Rentner\*innen dürfen nicht schlechter gestellt werden und müssen ebenfalls eine Inflationsausgleichsprämie erhalten.**

„Dass ehemalige Beamt\*innen im Ruhestand finanziell bessergestellt werden als die Rentner\*innen in Niedersachsen ist ein Unding und sozial völlig ungerecht“, fasst Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen die Problematik zusammen. Die Höhe der Inflationsausgleichsprämie für pensionierte Beamt\*innen orientiert sich am Ruhegehaltsatz nach der Dienstzeit und wird bis zu rund 2.150 Euro betragen. Dieses Vorgehen sei den Menschen nicht zu vermitteln: „Bei uns haben sich zahlreiche Mitglieder gemeldet, die sich ungerecht behandelt fühlen und von der Politik enttäuscht sind.“ Denn: Ein Inflationsausgleich für Rentner\*innen im Allgemeinen ist seitens der Politik nicht geplant. „Gerade denjenigen, die eine kleine Rente haben und unter den momentanen Preissteigerungen besonders leiden, würde eine Inflationsausgleichsprämie das Leben enorm erleichtern. Stattdessen unterstützt der Staat diejenigen, die in vielen

Fällen sowieso schon eine hohe Pension haben und sich keine finanziellen Sorgen machen müssen“, kritisiert Swinke. Aufgrund der massiven Ungleichbehandlung hat der SoVD in den vergangenen Wochen die Bundestagsabgeordneten der niedersächsischen Wahlkreise – von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU – angeschrieben. In den Briefen wurden die Politiker\*innen aufgefordert, einem Inflationsausgleich für Pensionär\*innen erst zuzustimmen, wenn es auch eine entsprechende Zahlung für Rentner\*innen gibt.

„Die Resonanz der Bundestagsabgeordneten aller Parteien war leider einheitlich ablehnend“, berichtet der SoVD-Vorstandsvorsitzende. „Beinahe wortgleiches Argument war, dass Rentner\*innen nicht mit Pensionär\*innen zu vergleichen seien und die Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie ausschließlich aufgrund des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst zustande kam und unter dem Verzicht auf weitergehende Tarifsteigerungen“, schildert

Swinke. So verwiesen etwa die SPD-Bundestagsabgeordneten in ihrem Schreiben auf das Alimentationsprinzip, „welches gleichermaßen die Besoldung während der aktiven Zeit wie die Versorgung im Ruhestand umfasst. Demgemäß entwickeln sich die Pensionen analog der Besoldung. Demgegenüber orientiert sich die Anpassung der gesetzlichen Rente jedes Jahr im Grundsatz an der Entwicklung der Löhne und Gehälter. (...) Da der erwähnte Inflationsausgleich eine freiwillige Leistung ist, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsverträge nicht durch einen Tarifvertrag geregelt sind, auf das Wohlwollen ihrer Arbeitgeber angewiesen.“

Die Bundestagsabgeordneten verwiesen zudem auf die vielen staatlich ermöglichten Entlastungen – wie Energiepauschale, Strom- und Gaspreisbremse, von denen auch Rentner\*innen profitieren. Dies sei jedoch kein Argument, merkt Swinke an, denn von diesen Entlastungen haben



Foto: Irene / Adobe Stock

**Die enormen Kostensteigerungen belasten vor allem Menschen mit kleiner Rente.**

auch Pensionär\*innen profitiert, die mit der beschlossenen Inflationsausgleichsprämie somit doppelt entlastet würden. „Eigentlicher Hintergrund dieser Argumentation ist, dass die Auszahlung einer Inflationsausgleichsprämie in der Höhe für Pensionär\*innen an alle 20 Millionen Rentner\*innen eine finanzielle Belastung in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages bedeuten würde“, ist sich Swinke sicher. Die Bundesregierung hatte in den vergan-

genen Wochen schließlich in den Medien mitgeteilt, das Geld habe man nicht zur Verfügung. „Das Messen mit zweierlei Maß ist sozial ungerecht und muss beendet werden“, fordert Swinke und resümiert: „Dieser Ungleichbehandlung kann langfristig nur mit einer solidarischen Lösung vorgebeugt werden. Deswegen setzen wir uns als SoVD für eine Erwerbstätigenversicherung ein, in die alle einzahlen – Arbeitnehmer\*innen, Selbstständige genauso wie Beamt\*innen.“

Pflege-Fachtag des SoVD mit Expert\*innen, Landespolitiker\*innen, Betroffenen und Interessierten

## Wie sehen Konzepte für eine gute Pflege aus?

**Die Pflege in Deutschland steht kurz vor dem Kollaps: Die Kosten für Pflegeheime explodieren, pflegende Angehörige sind überlastet und es herrscht ein enormer Fachkräftemangel. Es gibt also viel zu tun. Aber wie genau könnten entsprechende Maßnahmen aussehen? Diese Frage beleuchtete der SoVD in Niedersachsen bei seinem Fachtag „Was braucht Pflege? Konzepte und Lösungen für die Zukunft der Pflege“ in Hannover.**

Über 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Ein entsprechend geringer Teil lebt

in einem Pflegeheim. Trotzdem gibt es im professionellen Pflegesystem erhebliche Probleme und Mängel. Diese werden

durch den demografischen Wandel künftig noch weiter zunehmen. Daher hatte der SoVD alle Interessierten zu einem offenen Fachtag eingeladen, um über Kritikpunkte zu diskutieren und Ideen und Lösungen zu entwickeln.

Neben einem Impulsvortrag der Pflegeberaterin Ina Hensiek, die das Pflege-Servicebüro im Ammerland leitet, gab es einen Fachvortrag der Professorin Dr. Martina Hasseler, der insbesondere das Gesamtsystem Pflege problematisierte. Auch die Betroffenenansicht kam nicht zu kurz: Moderatorin Stefanie Jäkel sprach im zweiten Teil der Veranstaltung mit jungen Pflegebedürftigen über ihre spezifischen Probleme und Bedürfnisse. Abgerundet wurde das Programm mit einer Diskussionsrunde zum Thema „Was brauchen Betrof-

fene und pflegende Angehörige?“, an der neben dem SoVD-Verbandsratsvorsitzenden Bernhard Sackarendt die Landtagsabgeordneten Andrea Prell (SPD), Tanja Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) und Eike Holsten (CDU) teilnahmen.

Der Fachtag verdeutlichte, dass es zentral ist, Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, in den Austausch zu gehen und gemeinsam an tragfähigen Lösungen zu arbeiten. Das derzeitige Konzept der Pflegeversicherung stand besonders in der Kritik. Diese ist schon immer als „Teilkaskoversicherung“ angelegt, zahlreiche Pflegeleistungen müssen von den Versicherten selbst getragen werden. Dabei wird einkalkuliert, dass Familienangehörige die Hauptlast der Pflege tragen sollen. Es braucht grundlegen-

de Reformen auf Bundesebene, die nicht weiter aufgeschoben werden dürfen. Aber auch das Land Niedersachsen ist in der Pflicht. Vor allem müssen unterstützende Maßnahmen und niedrigschwellige Angebote schnell umgesetzt werden, um Betroffene zu entlasten, etwa indem eine unterstützende Infrastruktur ausgebaut wird – zusätzlich zur pflegerischen Versorgung. Auch müssen die Anforderungen zur Gewährung des Entlastungsbetrags vereinfacht werden. Diese Forderung fand in der Diskussionsrunde bei den Vertreter\*innen der Landespolitik fraktionsübergreifend Zustimmung.

Die SoVD-Forderungen für eine gute Pflege sind online im Positionspapier „Die Pflege brennt“ unter <https://bit.ly/46MZsDD> abrufbar.



Foto: Sara Masić

**Auf dem Podium diskutierte der SoVD mit Landespolitiker\*innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU sowie einer Vertreterin des Vereins wir pflegen e.V.**